

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Vogtlandkreis

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen. Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.
Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Vier für das Vogtland

Unsere Direktkandidierenden zur Landtagswahl 2014 stellen sich vor auf **Seite 3**

Konkret helfen

Arbeit mit Betroffenen von Hartz IV ist vor Ort möglich und nötig. **Seite 4**



Abwasserproblematik

Abgabe bringt betroffene Vogtländer zum Kochen. **Seite 5**



Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparmaßnahmen ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.

Für den Wechsel in Sachsen



Petra Rank

Wahlkreis 1

Petra Rank ist 52, verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder. Nach ihrem Studium zur Diplom-Ingenieurin für Textiltechnik war sie ab 1985 in der »Plauener Spitze« tätig. Mit der Wende verlor sie, wie viele Beschäftigte der Textilindustrie, ihren Arbeitsplatz. Bei der Gewerkschaft IG Metall fand sie in der Betreuung von arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Gewerkschaftsmitgliedern eine neue berufliche Herausforderung. Anschließend war Petra drei Jahre lang im Rechtsschutz bei der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt tätig. Nach einer Weiterbildung unterrichtete sie Jugendliche, die ihren Schulabschluss bei freien Bildungsträgern in Hof nachholten. Hier hatte Petra fast täglich mit den Schattenseiten unserer »Sozialen Marktwirtschaft« zu tun. Diese Aufgaben waren für sie sehr prägend. Mit der Wende nahm Petra nicht nur neue berufliche Herausforderungen an. War sie vor 1990 schon ehrenamtlich im Sport und in der Jugendpolitik aktiv, überlegte sie nicht lange, als es darum ging, am »Runden Tisch der Jugend und des Sports« mitzuarbeiten. Danach wurde sie in den Stadtrat gewählt, wo sie seitdem ununterbrochen als Stadträtin fungiert. Petras Herz schlägt besonders für den Sport und die Jugend. Weiß sie doch als Übungsleiterin im Kinder- und Jugendbereich

beim PSV Plauen/Sektion Judo nur zu gut, wie wichtig die ehrenamtliche Arbeit im Verein ist. Heutzutage wäre ohne ehrenamtliches Engagement, ob im Sport, der Kultur oder im Sozialen, vieles nicht möglich. Gerade bei den knappen Kassen der Kommunen!



Janina Pfau

Wahlkreis 2

Janina Pfau wurde 1983 im vogtländischen Plauen geboren und lebt seitdem in einem Dorf in der Gemeinde Neuensalz. Die Politikwissenschaftlerin ist 2004 in die Partei DIE LINKE eingetreten, weil sie gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen soziale Ungerechtigkeiten kämpfen wollte. Außerdem ist sie Mitglied bei ver.di. Als Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Vogtland hat sie sich in den letzten Jahren aktiv für die Bürgerinnen und Bürger im Vogtland eingesetzt. Sie hat immer versucht, den Bürgerinnen und Bürgern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen. Durch ihre Mitarbeit im Landesrat der LINKEN Sachsen versuchte sie, die Forderungen und Wünsche der Vogtländerinnen und Vogtländer in die Hauptstadt zu transportieren. Erfahrungen in der Kommunalpolitik konnte Janina Pfau als Mitglied des Ortschafts- und Gemeinderates sammeln. Ab der jetzigen Wahlperiode wird sie auch im Kreistag aktiv sein. Momentan arbeitet Janina Pfau im Regionalbüro der sächsischen

Bundestagsabgeordneten der LINKEN. In den letzten Jahren hat sie sich besonders mit dem Thema Gesundheitspolitik auseinandergesetzt, andere wichtige sächsische und vogtländische Themen wurden dabei aber nicht aus den Augen verloren. Auch im Landtag wird sich Janina Pfau weiter für flächendeckende Gesundheitsversorgung und gute Pflege in Sachsen und im Vogtland einsetzen. Aber auch für die Probleme der Jugend- und Schulpolitik, der Arbeits- und Sozialpolitik und der Kommunalpolitik hat sie immer ein offenes Ohr. Janina Pfau will Ihre Ansprechpartnerin und Ihre Helferin vor Ort sein!



Thomas Höllrich

Wahlkreis 3

48 Jahre, verheiratet, eine Tochter und eine Enkelin. Zu erreichen in Reichenbach, am besten per Post oder über Handy: 0177/6160441

Thomas Höllrich ist von Beruf Rechtsanwalt und derzeit auch Projektleiter für das Ziel3-Projekt des Evangelischen Schulvereines Vogtland e. V. zur Sanierung der Burg Mylau, ehrenamtlich aktiv in Vorständen von verschiedenen Vereinen, wie dem Betreuungsverein Vogtland e. V., Haus und Grund Reichenbach e. V. oder als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses beim Landesverband der Kleingärtner Sachsen e. V. bzw. als erneut

wiedergewählter Stadtrat der Stadt Reichenbach und Kreisrat des Vogtlandkreises. Politische Maxime: »Bürgernah ist nicht genug – erfolgreiche Sachpolitik erfordert eine transparente, ergebnisoffene Abstimmung mit den Bürgern vor der politischen Entscheidung.«



Henry Ruß

Wahlkreis 4

In und um Reichenbach bekannt und geschätzt, wirft Henry Ruß seinen Hut jetzt in den Ring zur Landtagswahl. Er möchte die Region der Neuberinstadt nicht nur kommunal weiterbringen, sondern auch die Probleme und Sorgen im Land verdeutlichen und engagiert bei den Lösungen mitwirken. Viele Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind nur mit der Unterstützung des Landtags möglich. Hier sieht Henry Ruß den Ansatzpunkt, um noch mehr für Reichenbach und seine Nachbarn zu erreichen. Der 50-jährige zweifache Familienvater lebt zusammen mit seiner Partnerin seit 15 Jahren in Reichenbach. Bereits während seines Studiums in Leipzig, das er als Diplomhistoriker/-pädagoge abschloss, engagierte sich Henry Ruß gesellschaftlich. Seit 1990 ist er ununterbrochen kommunalpolitisch aktiv, anfangs als Gemeinderat in Neumark und seit 1999 in Reichenbach, wo er am 25. Mai zum vierten Mal in den Stadtrat gewählt wurde. Beruflich ist Henry Ruß seit 2001 in einem bundesweit agierenden Personaldienstleistungsunternehmen als Prozessmanager beschäftigt. Sein Verständnis für gelebte Demokratie und politisches Engagement zeigt sich neben seiner Tätigkeit als Kommunalvertreter auch in vielen Aktivitäten wie z. B. dem Einsatz für die Hochschule in Reichenbach, der Unterstützung der ENKA-Werker in Elsterberg, dem Flaggezeigen gegen rechts oder der Solidarität mit den Streikenden der Paracelsusklinik. Henry Ruß ist überzeugt vom Brecht-Motto: »Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.« Nach einem Vierteljahrhundert ist es auch im nördlichen Vogtland endlich Zeit für einen Aufbruch. Ihre Stimme für ein soziales und tolerantes Sachsen – Ihre Stimme am 31. August für Henry Ruß!

Wahlkreisübersicht

Vogtland 1

Stadt Plauen

Vogtland 2

Adorf/Vogtland
Bad Brambach
Bad Elster
Bergen
Bösenbrunn
Eichigt
Erlbach
Markneukirchen
Mühlental
Oelsnitz/Vogtland
Pausa-Mühltröf
Reuth
Rosenbach/Vogtland
Schöneck/Vogtland
Theuma
Tirpersdorf
Triebel/Vogtland
Weischlitz
Werda

Vogtland 3

Auerbach/Vogtland
Ellefeld
Falkenstein/Vogtland
Grünbach
Klingenthal
Muldenhammer
Neuensalz
Neustadt/Vogtland
Treuen

Vogtland 4

Elsterberg
Heinsdorfergrund
Lengenfeld
Limbach
Mylau
Netzschkau
Neumark
Pöhl
Reichenbach im Vogtland
Rodewisch
Steinberg



Für Sie vor Ort:

Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE, Vogtland
Bahnhofstraße 49
08523 Plauen

Öffnungszeiten:
Montag 16–17.30 Uhr
Dienstag 15–17.30 Uhr
Mittwoch 9–17 Uhr
Donnerstag 15–18 Uhr

Telefon: 03741 / 20 16 95
Fax: 03741 / 20 16 94
kontakt@dielinke-vogtland.de

www.dielinke-vogtland.de



Aus der Sozialarbeit im Vogtlandkreis: Hilfe für Hartz-IV-Betroffene

Lasst einen Ruck durch Sachsen gehn!

Durch vielfältige Barrieren im Alltag – in Gebäuden, Verkehrsmitteln und im Bereich der Technologien – ist Teilhabe für Menschen mit Behinderung nur eingeschränkt möglich. So gibt es im ländlichen Raum kaum abgesenkte Bordsteine, wenn überhaupt, nur an Kreuzungen oder einigen Einfahrten. Wird an diesen Überwegen gearbeitet oder sind sie durch parkende Autos versperrt, bleibt nur der mehrere hundert Meter entfernte nächste Überweg. Auch in öffentlichen Gebäuden sind barrierefreie Zugänge Mangelware, und das, obwohl bereits seit einiger Zeit dazu eine DIN-Norm existiert. Oftmals fehlt auch bei diesen wenigen das nötige Feingefühl. So müssen zum Beispiel Rollstuhlfahrer/-innen in Plauen durch einen dunklen, oftmals zugemüllten Kellerraum, um ihre Behördengänge zu erledigen. »Ziel ist es, größtmögliche Unabhängigkeit im Bereich der persönlichen Mobilität zu erreichen. Dabei sind Hürden im kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereich sowie Blockaden in den Köpfen zu überwinden!« Für dieses Ziel, welches Dr. Ilja Seifert in einer Broschüre der Bundestagsfraktion formulierte, müssen auch die Kommunen mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Nach 25 Jahren CDU-Regierung und vielen verpassten Chancen, diesem Ziel näherzukommen, wird es Zeit für einen Ruck in Sachsen. Jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Beeinträchtigung, sollte die gleichen Wege, die gleichen Bedingungen haben.

www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de



Seit November 2004 organisiert das Sozialforum Göltzschtal, ein Zusammenschluss von Vertretern der LINKEN, der Arbeitsloseninitiative und von Gewerkschaften, Veranstaltungen zu Hartz IV und anderen Sozialgesetzen, zu anstehenden Gesetzesänderungen, zu Rechtsverstößen der Jobcenter bei der Erstellung der Bescheide und zu Möglichkeiten für Betroffene, ihre Rechte durchzusetzen. Wir versenden Briefe mit Forderungen und Protesten an Minister, Bundes- und Landtagsabgeordnete und an verantwortliche Leiter des Landratsamtes. In Sprechstunden der Linkspartei helfen wir vor allem Hartz-IV-Betroffenen, Bescheide der Jobcenter zu durchschauen und Rechtsmittel gegen fehlerhafte Bescheide einzulegen, beraten Betroffene bei der Formulierung von Widersprüchen und Klagen und machen Mut zum Widerstand. Auf unseren Sozialforen sprechen Rechtsanwälte, Landtags- und Bundestagsmitglieder, Gewerkschaftsvertreter und auch Mitarbeiter des Jobcenters. Für unsere Veranstaltungen erarbeiten wir Informationsblätter

zu den verschiedenen Bestimmungen des SGB II, zu Rechtsverstößen bei den Ermittlungen der Regelleistungen und der Leistungen für Unterkunft und Heizung. Vielfach verteilen Besucher unserer Sozialforen diese Informationsblätter an weitere Interessierte. Vor allem bemühen wir uns, das Selbstbewusstsein der Hartz-IV-Empfänger zu stärken und ihnen

zu helfen, Hoffnung, Mut und Würde wiederzuerlangen. Das alles macht viel Arbeit, aber es ist ein unvorstellbar gutes Gefühl, wenn uns Betroffene dann sagen, dass sie die beantragte Wohnung doch bekommen haben, dass sie das geforderte Geld nicht zurückzahlen mussten, dass sie vom Zuverdienenden mehr behalten durften. Hartz-IV-Betroffenen steht

nicht viel zu, aber oft werden sie um das Wenige noch betrogen: Sie haben ja keine Lobby, und die komplizierten gesetzlichen Bestimmungen und dienstlichen Verordnungen verstehen sie oft nicht. Also kann man sie betrügen und damit Geld sparen! Besonders ihnen müssen wir helfen!

Dr. Dorothea Wolff



Sächsische Hochschulpolitik ignoriert dauerhaft Bürgerwillen

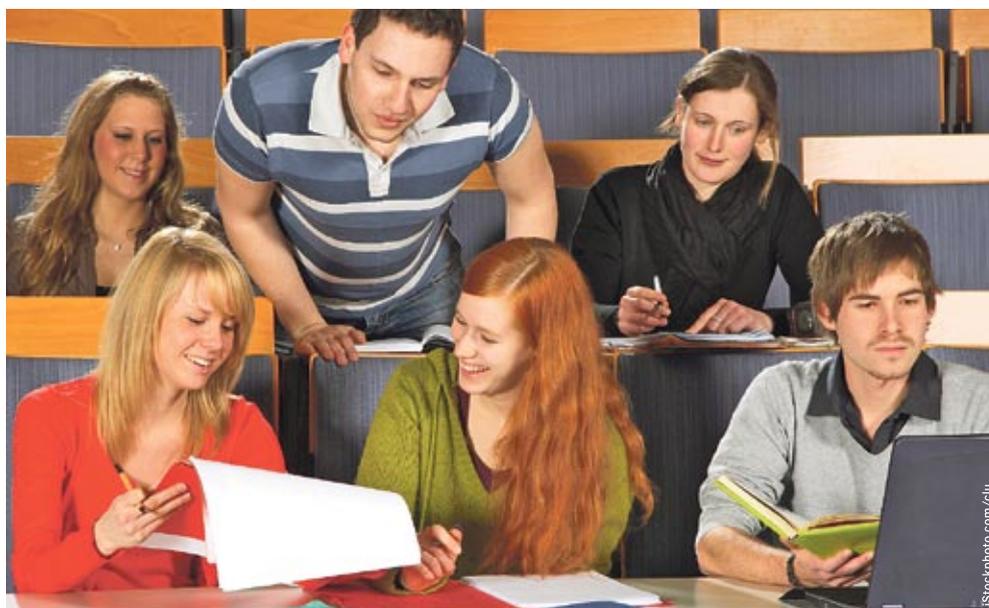
Die Bürgerinitiative BITex Reichenbach hat seit 2011 mit einer Kraft von inzwischen 4000 Mitgliedern sehr engagiert, vernetzt und verbündet mit den verschiedensten Vertretern von Politik, Bildung, Forschung und Industrie, gegen den Beschluss der Staatsregierung zur Liquidierung des Hochschulstandortes Reichenbach gekämpft. Das Wegsparen von Studienkapazitäten soll 2015 auf Kosten der Stadt vorgenommen werden, die

seit mehr als 165 Jahren von der Textilausbildung geprägt ist und mit dem Wegfall der Studieneinrichtung auch einen Grundpfeiler der regionalen Wirtschaft verlieren und noch weitere demographische Folgen verstärkt nach sich ziehen wird. Die damit verbundenen negativen Auswirkungen scheint die Landesregierung in Kauf zu nehmen, ganz im Gegensatz zu den Grundsätzen, die im Landesentwicklungsplan für die Ent-

wicklung ländlicher Regionen enthalten sind. Die mehrfach gestellte Forderung der BITex, die angebliche Wirtschaftlichkeit der Schließung des Hochschulstandortes nachzuweisen, hat die Staatsregierung bisher mit Schweigen beantwortet. Ebenso ist ein konkretes Regierungskonzept für eine vernünftige Nachnutzung der Reichenbacher Bildungsstätte nicht erkennbar. Eine Verbündete von vielen in

diesem Kampf um den Hochschulstandort fand die BITex in der Linkspartei. Neben mehreren Gesprächen und auch die Unterstützung von Terminen vor Ort durch verschiedene Abgeordnete der LINKEN hatte MdL Andrea Roth bereits 2011 angestrebt, gemeinsam mit den vogtländischen Abgeordneten ein Moratorium in den Landtag einzubringen, das als Minimalvariante einen Zeitaufschub für den Liquidierungstermin ermöglichen sollte. Dieser Versuch scheiterte aber an der Haltung der vier vogtländischen CDU-Abgeordneten, die eine Initiative der LINKEN keinesfalls unterstützen wollten. Obwohl hier eine für die Weiterentwicklung der nordvogtländischen Region wichtige Frage im Mittelpunkt stand, war sie aus engstirnigem parteipolitischen Denken abschlägig beantwortet worden. Solches Denken bestimmt auch heute noch das Nichtstun dieser Abgeordneten in dieser Frage. Diese Tatsache sollte man sich ins Gedächtnis rufen bei der Überlegung, welchem Landtagskandidaten man am 31. August auf dem Wahlzettel seine Stimme geben möchte.

Ina Becher, Reichenbach



Keine Massenabfertigung unserer Kinder



Es ist Montag und es regnet. So war es schon das ganze Wochenende. Das merkt man auch an den Kindern. Es ist laut in dem Gruppenzimmer, das 20 Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren als Spielplatz, Forschungsstation, Theaterbühne, Künstleratelier, Marktplatz dient. Immer wieder gibt es Streit um Spielzeug, die Spielidee oder mit den Mitspielern. Die Kinder können sich nur kurz auf eine Sache konzentrieren, da durch die Lautstärke und die Masse an unausgeglichenen Kindern immer wieder Störungen untereinander bestehen. Auch das pädagogische Personal kommt an seine Grenzen. Man kann nicht in einen Teil des Zimmers einen Streit schlichten und in einem anderen ein Kind trösten, das sich gerade den Kopf gestoßen hat, weil es mit seinen Freunden Fangen gespielt hat. Manchmal muss man an mehreren Stellen gleich-

zeitig sein und das mit 100 Prozent. Aber wie soll das gehen, wenn man allein ist? Wo ist es jetzt wichtiger zu helfen? Wie soll ich mit dem einen Kind »Mensch ärgere dich nicht« spielen und gleichzeitig sechs andere Spielgruppen beobachten und jederzeit wissen, wer, wenn es Streit gibt, angefangen hat? Das sind Fragen, die man sich in der Arbeit als Erzieher im Kindergarten jeden Tag stellen muss. Meine Arbeit macht mir Spaß, auch wenn es schwierig ist, immer all seinen Schützlingen gerecht zu werden. Das ist aber ein Problem nicht nur im dem Vogtland, sondern ein Problem, das ganz Sachsen betrifft. Das Problem heißt Betreuungsschlüssel. Zur Zeit liegt er in Sachsen bei 1:13 im Kindergarten und 1:6 in der Kinderkrippe. Das klingt ja nicht schlecht, wenn ein Erzieher auf 13 Kinder zwischen drei und sechs Jahren aufpassen soll. Leider gibt

es diese Zahlen in der Praxis nicht. Das liegt daran, dass es drei verschiedene Betreuungszeiten in den Kindergärten gibt. 4,5 Stunden, sechs Stunden und neun Stunden. Ein Kind das neun Stunden den Kindergarten besucht, hat einen vollen Kitaplatz. Wenn ein Kind 4,5 Stunden lang die Einrichtung besucht, hat es einen halben Kitaplatz. Daraus ergeben sich größere Gruppen als die mit 13 Kindern. Eine Absenkung dieses Betreuungsschlüssels, der im bundesweiten Vergleich der zweit schlechteste ist, muss endlich erreicht werden. Doch die CDU-Landesregierung verschließt sich schon jahrelang diesem Problem. Wir als LINKE haben es uns zur Aufgabe gemacht, diese veralteten Verhältnisse zu ändern, für die bessere Betreuung unserer Kinder – unserer Zukunft.

André Hegel

Kommunalkredit als letztes Mittel?

Das Vogtland mit seinem Oberzentrum Plauen ist eine landschaftlich reizvolle und touristisch anziehende Region. Ich bin gerne Plauerer, ich bin gerne Vogtländer.

Das Vogtland gehört aber nicht zu den Boom-Regionen Sachsens, schon gar nicht Deutschlands. Wir unterliegen deutlichen Schrumpfungstendenzen. Da ist nicht nur demografischer Wandel. Die Problemkreise Überalterung, Wohnungsleerstand,

Fachkräftemangel werden in den letzten Jahren durch eine »zweite Welle der Deindustrialisierung« deutlich verschärft. Das Wegbrechen von MAN Roland Druckmaschinen hat 850 Vogtländern hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeit genommen. Beim Bushersteller MAN Neoplan waren es 420. Eine klare Perspektive gibt es vielleicht für ein Drittel. Und, und, und ...

Das schlägt natürlich auch auf die kommunalen Haushalte

durch. Diese sind im Vogtland zunehmend unterfinanziert. Die Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen reichen nicht, um das städtische Leben in all seinen Facetten vom Kindergarten über Schulen, die Sportvereine, das Theater Plauen Zwickau bis zu den notwendigen Investitionen in Schulen, Sporthallen, Straßen und funktionierenden Alltag zu erhalten. Dazu kommt das Damoklesschwert »Kreisumlage«, damit

der Vogtlandkreis seine Aufgaben erfüllen kann. Plauen zahlt 2014 rund 20 Millionen Euro. Jedes Prozent mehr sind 600 000 Euro. Es drohen einerseits sogenannte »Konsolidierungsmaßnahmen«. Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuer stehen im Raum, Hundsteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer werden wohl folgen.

Finanzierungslücken werden zudem nur mit Millionenkrediten

und dem Verkauf städtischen Eigentums zu schließen sein. Der Bund, das Land Sachsen sind in der Pflicht, den unabweisbaren Ruf nach besserer Finanzausstattung der Kommunen zu erfüllen. Apropos Sachsen: Die Milliardenbürgschaft für die Spekulationswut von Bank- und CDU-Granden lässt grüßen und bluten.

Klaus Jäger,
Stadtrat Plauen

Abwasserproblematik bringt betroffene Vogtländer zum Kochen

Bis Ende 2015 sollen nach Beschluss der Landesregierung in Sachsen die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Abwasserbeseitigung umgesetzt werden. Für Bürgerinnen und Bürger, die über Wohneigentum verfügen, heißt das, dass sie eine vollbiologische Klein- oder Gruppenkläranlage oder eine abflusslose Grube errichten müssen, falls sie nicht an das zentrale Abwassernetz angeschlossen sind oder in nächster Zeit angeschlossen werden.

Viele betroffene Bürger/-innen und Kommunalpolitiker/-innen verstehen Entscheidungen der letzten Jahre zum Abwasser nicht: Für einzelne Orte wurden die vorgegebenen Fristen verkürzt, einzelne Grundstücke innerhalb einer Gemeinde wurden zentral angeschlossen, andere in der gleichen Gemeinde nicht, in kleinen Städten wurde einzelnen Straßenzügen der zentrale Anschluss versagt usw. Auch 2014 sind für Betroffene

ne noch viele Fragen offen. Im Kreisverband Vogtland hat sich eine Arbeitsgemeinschaft (AG) gebildet, die sich mit Fragen der Kommunalabgaben und damit auch mit dem Thema Abwasserbeseitigung beschäftigt. Dazu hat sich die AG mit Forderungen an die Sächsische Landesregierung, das Landratsamt und den Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) gewandt.

Grundsätzlich verlangt die AG, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie so umgesetzt wird, dass die Lebens- und Existenzbedingungen im ländlichen Raum für alle Betroffenen gewahrt bleiben und eine weitere Landflucht verhindert wird. Dazu sollen die zuständigen Behörden die Ausnahmen, die die EU-Richtlinie für eine Terminverlängerung bis Ende 2021 oder 2027 zulässt, ausschöpfen. Betroffene, für die das Recht auf Terminverlängerung geltend gemacht werden kann, dürfen

weder mit Strafen belegt werden noch dürfen ihnen Fördermittel verweigert oder gekürzt werden, auch Ersatzmaßnahmen sind auszuschließen. Der ZWAV soll auch weiterhin Betroffene bei der Errechnung der wirtschaftlichsten Lösung der Abwasserbeseitigung (vollbiologische Kleinkläranlage, private oder öffentliche Gruppenkläranlage, abflusslose Grube, zentraler Anschluss usw.) unterstützen. Die AG wird Betroffene, die zur Aufstockung ihres Existenzminimums Hartz IV, Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter erhalten, bei der Beantragung der Kostenübernahme oder von Zuschüssen für Anschaffung und Betrieb der geforderten Abwasserbeseitigungsanlagen unterstützen.

Janina Pfau, Dr. Dorothea Wolff

Den gesamten Forderungskatalog finden Sie unter: <http://gleft.de/CO>



Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



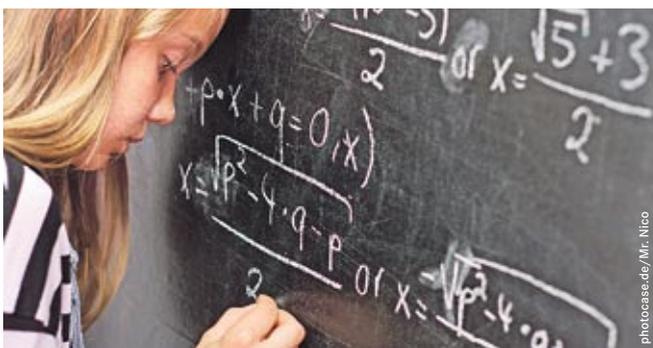
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika		Seeorelle					14							
ind. Bundesstaat			2	8	1	5								
gedankl. Gehalt			5	1	3	4	8							
			7		6	3	2							
	6		3	4	2	5	8							
			8	2	4	7	3							
Wildpflege	LINKE-Spitzenkandidat		8	4	3	9	2							
			7	3	2		4							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
							7							
					asiat. Meerrettich Folge									
							8							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt nord. Prosa			Schwimmvogel											
Bruder d. Falmir			ital. Autor			Tag (span.)	jap. Urbevölkerung							
		5	Backmasse			Einfall								
							13							
Berliner Spitzname			Nischstadt	10										
Gattung														
			Nebenfluss der Maas			jap. Friedensnobelpreisträger								
							TROLL							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Vogtlandkreis, Auflage: 40 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH